

Xinjiang. Die jüngsten Unruhen in der chinesischen Nordwestprovinz seien, so Li Peng, lediglich auf Aktivitäten einiger Krimineller zurückzuführen, welche sich religiöse Konflikte zunutze gemacht hätten, um ihr Süppchen zu kochen. Das Problem sei jedoch "bereinigt".

Nicht zuletzt aber bezieht die Gorbatschow-Führung gegenüber Demokratiebestrebungen eine ganz andere Haltung als die chinesische Führung, die bekanntlich seit dem 4. Juni gegen die eigene Bevölkerung repressiv vorgeht und ihr das verstaubte Lei Feng-Modell vor Augen hält.

Während ferner die Sowjetunion gegenüber ihren geistigen Vätern, nicht zuletzt gegenüber Lenin immer kritischer wird, wurde der 120. Geburtstag Lenins in der VR China aufs feierlichste begangen¹² - eine demonstrative Distanzierung von der Moskauer Praxis!

Als Hauptergebnis der Li-Visite kann man feststellen, daß beide Seiten zwar noch zahlreiche politische, militärische und vor allem ideologische Probleme miteinander haben, daß sie aber fest entschlossen sind, vor allem mit Hilfe verstärkter Wirtschaftsbeziehungen eine Normalität herzustellen, die vermutlich immer etwas zerbrechlich bleiben wird und gründlicher beiderseitiger Pflege bedarf.

Daß zwischen beiden so lange Zeit verfeindeten Staaten in der Zwischenzeit aber doch "Normalität" eingekehrt ist, beweist allein die Tatsache, daß der Besuch Li Pengs in Moskau alles andere als eine Sensation war, und daß die meisten Fragen geschäftsmäßig verhandelt werden konnten. Von der Euphorie brüderlicher Beziehungen ist das beiderseitige Verhältnis zuerst durch eine Kälteperiode gegangen und hat nun die Qualität einer gleichberechtigten Partnerschaft angenommen. Hauptproblem ist vor allem das, was bei den ersten Kontakten zwischen Moskau und Beijing am unumstrittensten war, nämlich die Ideologiefrage und der Inhalt des "Sozialismus".

Anmerkungen

- 1) So treffend SZ, 23.4.90.
- 2) XNA, 19.4.90.
- 3) XNA, 19.4.90.
- 4) Ebenda.
- 5) XNA, 19.4.90.
- 6) BRu 1990, Nr.17, S.10.
- 7) XNA, 19.4.90.
- 8) TASS in SWB, 26.4.90.
- 9) Ausführlich dazu C.a., Mai 1989, S.371 ff.
- 10) Prawda, 30.4.90, in SWB, 1.5.90.
- 11) TASS in SWB, 28.4.90.
- 12) Dazu RMRB, 22.4.90.

Erhard Louven

Anmerkungen zur Reformdebatte in der VR China

1. Einleitung

Der berühmte chinesische Roman *Populäre Geschichte der drei Reiche* aus dem vierzehnten Jahrhundert beginnt mit dem Satz: "Imperien zerfallen und lösen sich auf, Staaten brechen auseinander und vereinigen sich wieder." Nichts in der Geschichte, so könnte man diesen Gedanken weiterspinnen, ist auf ewig angelegt, und auch den gegenwärtigen Machthabern in der VR wird keine lange Regierungszeit beschieden sein. Spätestens dann, wenn Chinas alter und mächtiger Mann Deng Xiaoping stirbt, wird die Macht wieder zur Disposition stehen. Es wird dann möglicherweise, da es kein geregelter Verfahren für den Machtübergang gibt, ein Kampf um die Macht beginnen, der so chaotisch ausgetragen wird wie eine Balgerei von Straßenjungen.

Aber anders als früher könnten die Chinesen nach Dengs Tod nicht nur den Rücktritt des einen oder anderen aus der Führungsriege fordern, sondern der Protest wird sich mit aller Wahrscheinlichkeit auf das System insgesamt richten. Hier wirken die Vorgänge in Osteuropa, die von den chinesischen Intellektuellen sehr genau verfolgt werden, als Anregung und Vorbild. Die derzeitige chinesische Medienpolitik weiß schon recht genau, warum sie den osteuropäischen Vorgängen nur den kleinstmöglichen Raum einräumt - was einer Desinformation gleichkommt.

Im folgenden soll den Chancen des 1978er Reformkurses nachgegangen und einige Schlaglichter auf die Optionsmöglichkeiten der chinesischen Wirtschaft geworfen werden.

2. Ideologie versus Herausforderungen der Moderne

Rüdiger Machetzki hat darauf verwiesen, daß das Bewußtsein von der rechten Ordnung als zumindest unter-

schwellig wirkendes Ideengut bis in die Gegenwart als Teil der sog. stillen Dimension der politischen Kultur Chinas fortlebe. Politik und Lehre sind in Übereinstimmung zu bringen. Gegensätze zwischen Denken und Handeln dürften die Bevölkerung nicht beeinträchtigen, und die Elite sieht eine wichtige Aufgabe darin, Widersprüche zu dämpfen.

Die kulturellen Normen der chinesischen Gesellschaft tendieren zum Partikularismus. Die Menschen in China lernen früh, daß sich bei verschiedenen Beziehungen und unter verschiedenen Umständen das Verhalten ebenfalls ändern sollte. Die Fähigkeit, mit Widersprüchen zu leben, ist in China ungleich größer als in westlichen Kulturen mit universalistischen Normen, in denen es schnell zu Spannungen kommt.

Nun erfordert der Modernisierungsprozeß, vor allem in der Wirtschaft, eine Teilung der Macht. Die ideologisch-bürokratisch orientierte Elite müßte neue Schichten kooptieren, die die Umstrukturierung der Wirtschaft durchführen könnten, nämlich technische Fachleute im weitesten Sinne. Die Aufteilung der Macht, die praktisch etwa die weitgehende Freilassung des Bereichs der Wirtschaft bedeuten könnte, widerspricht indes dem Ganzzeitsdenken der gegenwärtigen Führungsriege. Sie möchte alles und jedes selbst definieren und unter ihrer Kontrolle halten.

Die vor allem von Zhao Ziyang betriebene Dezentralisierung in der Wirtschaft war deshalb von Anfang an nicht unumstritten. Vor allem machte sich schnell der Widerstand jener Wirtschaftsverwaltungskader bemerkbar, die durch größere Entscheidungsbefugnisse der Betriebe einen Funktionsverlust befürchteten, die zurecht annehmen, durch die Betriebsleiter, die

neue Managerschicht, überflüssig gemacht zu werden. Diese Verwaltungskader verfahren nach der Devise "nicht verstehen, nicht beachten, nicht durchlassen", sie mißachten oder boykottieren also die neue Politik. Schwierigkeiten, an der richtigen Stelle eingesetzt zu werden, haben vor allem im Ausland ausgebildete Fachleute. So wissen wir, daß Studenten, die in den USA ihren Master of Business Administration gemacht haben, recht selten auf ihrer Ausbildung adäquaten Posten landen; viele werden nach ihrer Rückkehr in die Volksrepublik "neutralisiert".

3. "Blaue" versus "gelbe" Kultur

Der Widerspruch zwischen den beiden Kulturen wurde beispielsweise offenbar, als 1988 eine sechsteilige Fernsehserie mit dem Titel "Heshang" ausgestrahlt wurde (im deutschen wird die Bezeichnung "Flußbelegie" verwendet). "He" bedeutet Fluß, steht hier für den Gelben Fluß, dessen Delta ja die Wiege, das Ursprungsland der chinesischen Zivilisation ist. "Shang" ist der vorzeitige Tod. Der unberechenbare und bösartige Gelbe Fluß, so die Autoren der Fernsehserie, habe die chinesische Kultur geprägt. Sie sei dem Boden verhaftet, weltabgeschlossen stagnierend. Die Unberechenbarkeit und Willkür des Flusses spiegelte sich in der politischen Sphäre wieder. Immer wieder habe es Despotie gegeben, falsche Entwicklungsstrategien seien entwickelt worden.

Die blaue Kultur hingegen, so die Autoren, sei die Kultur Südchinas, Guangzhous. Sie sei seeorientiert, welttoffen und bemüht, mit den fortgeschrittenen Ländern der Welt Schritt zu halten.

Die Reaktionen auf die Fernsehserie machte die sich gegenüberstehenden Fronten sichtbar. Zhao Ziyang und die hinter ihm stehenden Reformer propagierten den Film. Es wurden 500 Videokopien angefertigt - eine Kopie wurde u.a. an Singapurs Herrscher Lee Kuan-Yew geschickt.

Die Verdammung von der anderen Seite erfolgte prompt, denn die orthodoxen kommunistischen Führer fühlten sich tief getroffen. Von Deng Xiaoping wird berichtet, daß er das Werk mit einem seiner bekannten Fäkalausdrücke belegt habe. Nach dem 4. Juni 1989

erschieden dann vermehrt in den wichtigen Zeitungen kritische Artikel, die zumeist bereits ein Jahr zuvor verfaßt worden waren.

Tenor dieser Artikel war, der Film sei ein Grabgesang auf das ganze chinesische Volk. Die Glorifizierung der blauen Kultur Südchinas als Gegenmodell bedeute eine Denunzierung der gelben Kultur. Die Reformpolitik Dengs werde entstellt. Es werde in Anlehnung an die Ideen des oppositionellen Physikers Fang Lizhi das Ziel einer "totalen Verwestlichung" aufgestellt, die abzulehnen sei.

Die Betroffenheit der orthodoxen Führungselite ist möglicherweise auch dadurch zu erklären, daß ihr in zunehmendem Maße bewußt wird, daß China keine einzigartige Kultur darstelle, die in sich selbst ruht und keine Anleihen und Anregungen von außen braucht. Vielen chinesischen Intellektuellen, die nach 1978 wieder in die Welt hinausreisen konnten, mußten erkennen, daß China weit hinter vielen früher als "kapitalistisch" verdammt Ländern zurückgeblieben war und daß diese Länder - und auch der übrige Teil der Welt - sehr gut ohne die einzigartige Kultur Chinas auskommen können.

Schnell wurde auch durch die wirtschaftliche Öffnungspolitik - Sonderwirtschaftsgebiete, Joint Ventures usw. - offenbar, daß der Verkehr mit dem Ausland Ideen in das Land brachte, die für China als nicht verkraftbar angesehen werden. Die Wirtschaftszeitung - *Jingji Ribao* - benannte diesen Zusammenhang am 12.10.1989 recht deutlich, als sie die "Liebe zum Kapitalismus" als ebenso gefährlich und ansteckend wie die Immunschwächekrankheit Aids bezeichnete. Diese Krankheit zerstöre die Fähigkeit der Menschen, zu unterscheiden, sich zu erinnern und zu vergleichen. "Patienten", die mit dem "Kapitalismus infiziert" seien, verachteten das nationale Interesse und strebten nach "Individualismus", "Freiheit" und - *horribile dictu* - "Menschenrechten".

Das Massaker vom 4. Juni 1989 könnte als ein Versuch - vielleicht der letzte - gewertet werden, die Weltintegration Chinas zu verhindern, die - in der Vorstellung der orthodoxen Elite - einzigartige Kultur Chinas zu bewahren.

Deng Xiaoping hat nach dem 4. Juni des öfteren vom "Zeitalter der Information" gesprochen - ein Hinweis darauf, daß die herkömmlichen Propagandastrategien der Führungsschicht durch die Ubiquität moderner Medien einen Rückschlag erlitten haben. Informationen können heute nicht mehr zurückgehalten werden. Es ist ja schlechthin nicht möglich, neben jedes chinesische Telefaxgerät einen Kontrolleur zu stellen.

4. Probleme der Landwirtschaft

Die Reformen begannen in der Landwirtschaft und hatten schnell große Erfolge. Ein großer Teil dieser Erfolge ist jedoch darauf zurückzuführen, daß Defekte der alten Wirtschaftsweise beseitigt wurden. Der Übergang zur privaten Wirtschaftsweise - zum einzelwirtschaftlichen Pachtsystem - hat ungeheure Energien freigesetzt, zugleich aber auch neue Probleme geschaffen oder latent vorhandene Probleme zum Vorschein kommen lassen. Die Wachstumsraten der Produktion in der Landwirtschaft flachen in den letzten Jahren deutlich ab, und insbesondere die Getreideproduktion bereitet Sorge. In den letzten Jahren wurden jährlich ca. 15 Mio.t Getreide importiert, um die Fehlmengen zu decken. Im Jahre 1989 konnte eine Rekordernte eingebracht werden, weil viele besonders günstige Umstände zusammentrafen. Schon eine leichtere Naturkatastrophe - Überschwemmungen, längere Dürrezeiten - könnte das Land jedoch in eine schwierige Situation bringen.

Ein neuer Wachstumsschub in der Landwirtschaft benötigt größere Zulieferungen aus der Industriewirtschaft. Als wichtigstes Problem, das vielleicht nicht unmittelbar drängt, aber mittelfristig von immer größerer Bedeutung sein wird, ist die Frage der kollektiven Infrastrukturinvestitionen auf dem Lande, also Damm- und Wasserbauten, Straßen, Telekommunikationseinrichtungen usw., alle jene Aufgaben, die großräumig und überregional gelöst werden müssen.

Unter dem alten System waren diese Aufgaben von den Volkskommunen wahrgenommen worden. Man kann darüber streiten, ob deren Methoden - Zwangsrekrutierung vieler Arbeitskräf-

te, die nur eine geringe Bezahlung erhielten (der chinesische Terminus dafür ist "Arbeitsakkumulation") - angemessen waren, die Volkskommunen hatten jedoch Voraussetzungen geschaffen, von denen die heutige Landwirtschaft beträchtlichen Nutzen zieht. Heute liegt dieser Bereich im Argen: die entsprechenden Fonds werden unzureichend gespeist, die Mittel werden "konsumtiven Zwecken" zugeführt. Es gibt bislang kein geregelteres Verfahren zur Lösung dieses Problems. Denkbar wäre, daß der Staat selbst wieder direkt eingreift oder aber die Aufgaben durch von ihm beauftragte Entwicklungsagenturen lösen läßt.

Wenn man sich die landwirtschaftliche Entwicklung und die Reformen in diesem Bereich ansieht, so könnte man zu dem Schluß kommen, daß die Führungseliten diesen Bereich nach der ordnungspolitischen Grundentscheidung in Richtung Privatisierung sich selbst überlassen habe. Wenn über die Industriewirtschaft dort wieder eingegriffen werden muß, dann könnte, wie oben gesagt, wiederum die Idee entstehen, wie in der Vergangenheit reglementierend tätig zu werden, was die Entwicklung hemmen würde.

5. Das malthusianische Dilemma

Die Reformen auf dem Lande haben dazu geführt, daß die Bevölkerung weiter schnell wächst. Viele Kinder sind auch viele Arbeitskräfte, und da es kein funktionierendes Sozialversicherungssystem auf dem Lande gibt, sind Kinder für die Bauern die Garanten der Altersversorgung. Während in der Stadt die Politik der Ein-Kind-Familie Erfolg hat, nicht zuletzt wegen der beträchtlichen materiellen Sanktionen, die ein Verstoß mit sich bringt, können sich die Bauern das Recht auf zwei oder mehr Kinder relativ leicht erkaufen. Häufig werden von den verantwortlichen Überwachungskadern auch beide Augen zugedrückt.

Ende 1989 lebten in der Volksrepublik mehr als 1,1 Milliarden Menschen. Rechnet man die Zahl mit einer jetzt realistischen natürlichen Wachstumsrate der Bevölkerung von 1,5% auf das Jahr 2000 hoch, so kommt man auf eine Bevölkerungszahl von 1,3 Milliarden. Das wären 100 Millionen Men-

schen mehr, als die Planer sich das Anfang der 1980er Jahre vorgestellt hatten. Diese Menschen müssen ernährt und gekleidet werden, und zwar aufgrund gestiegener Ansprüche mit wesentlich mehr Aufwand als in den 1950er Jahren.

6. Probleme der Industriewirtschaft

Ziel der Wirtschaftsreformer war es, die Industriewirtschaft von der staatlichen Einflußnahme abzukoppeln. Die Betriebe sollten mehr Entscheidungsbefugnisse erhalten und selbst für Gewinne und Verluste verantwortlich sein. Damit dies jedoch funktionieren kann, müssen zunächst einige Voraussetzungen geschaffen werden. Der Anteil des marktwirtschaftlichen Bereichs der Wirtschaft soll vergrößert werden - das wollen alle Reformkräfte, unabhängig von ihren sonstigen Zielsetzungen. Worüber man sich streitet, ist die Quantität marktwirtschaftlicher Formen. Eine marktwirtschaftliche Organisation setzt aber einen einheitlichen Markt voraus. Den haben wir in China nicht. Wir haben isolierte Teilmärkte und zahlreiche Monopole. Typisch sind Gebietsmonopole: Es gibt in vielen Gebieten nur einen einzigen Betrieb in einem Industriezweig, der eifersüchtig über seinen Bezirk wacht und jeden neuen Betrieb als Angriff auf seine "vested interests" betrachtet.

Weiterhin folgte die Koordination wirtschaftlicher Entscheidungen und die Verteilung knapper Ressourcen den Anweisungen der Administration. Die althergebrachte Verwaltungspraxis wurde nicht durchbrochen; das ganze System wurde eher noch chaotischer. Die Befehle kamen nun von mehreren Verwaltungseinheiten gleichzeitig, sie widersprachen sich auch oft. Dezentralisierung richtete sich auch auf die regionale Gliederung, ohne daß dabei Verbesserungen erzielt werden konnten. Jede Verwaltungseinheit, also Provinzen, Kreise und Städte, übernahm die Verantwortung für Steuer- und Deviseneinnahmen, die Kreditquote und die Höhe der Investitionen. Dafür mußten sich die Verwaltungseinheiten verpflichten, jährlich einen festen Betrag an die Regierung in Beijing abzuführen. Über die Residualbeiträge können die unteren Einheiten selbst verfügen.

Es war nicht schwer, sich vorzustellen, was geschah. Der sog. Provinzegoismus trieb ungeahnte Blüten. Mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln versuchten die unteren Verwaltungseinheiten, "ihren" Betrieben Vorteile der vielfältigsten Art zu gewähren. Die Marktintegration wurde dadurch behindert, weil die eigenen Betriebe, Rohstoff- und Finanzströme gegenüber den Nachbarn abgeschottet wurden. Im Bereich der Investitionen kam es - volkswirtschaftlich gesehen - zur quantitativen und qualitativen Fehlallokation. Da die "ökonomischen Hebel" nicht wirken, kam es zur Überinvestitionskrise, der jetzt abgeholfen werden soll. Paradoxerweise werden durch die inzwischen ergriffenen Maßnahmen gerade jene Betriebe getroffen, die am besten gewirtschaftet hatten. Es sind dies die sog. ländlichen Betriebe, die Kollektiven gehören, und in einem geringeren Ausmaß die privaten Betriebe. Ihnen werden alle möglichen Schwierigkeiten bereitet; sie sollen nun nicht mehr mit den großen staatlichen Betrieben um die knappen Rohstoffe und Finanzmittel konkurrieren.

Sehen wir uns die Reform des Preissystems an, die als Schlüsselbereich jeder wirksamen Wirtschaftsreform angesehen wird. Die relativen Preise waren jahrzehntelang verzerrt, was bestimmte entwicklungspolitische Folgen hatte. Die Landwirtschaft wurde in ihrer Entwicklung gehemmt. Zurück blieb auch die Rohstoffwirtschaft, die wegen geringer Gewinne nicht ausreichend investieren konnte. Um die relativen Preise in adäquater Weise verändern zu können, müßte eigentlich ein Käufermarkt vorliegen. Tatsächlich haben wir es jedoch mit einem Verkäufermarkt zu tun, d.h. die Nachfrage ist größer als das Angebot, so daß die Verkäufer keine großen Anstrengungen zu machen brauchen, um ihre Produkte abzusetzen. Signale aus der Sphäre der Käufer brauchen also von den Produzenten nicht beachtet zu werden.

Hinzu kamen Regelungen in diesem Bereich, die von den Chinesen als "duales Preissystem" bezeichnet werden. Für eine genau bestimmte Menge eines Gutes - die Quotenmenge - gilt ein staatlich fixierter Preis, die übrigen Mengen dieses Gutes werden nach frei

sich bildenden Marktpreisen gehandelt. Dieses Verfahren führt bei knappen Gütern zur Spekulation. Staatliche Wirtschaftskader - oder jene, die die Informationen haben - kaufen die Güter zu den niedrigen, staatlicherseits fixierten Preisen auf und verkaufen sie dann zu den hohen Marktpreisen. Wir haben ansatzweise in diesem Bereich Verhältnisse, die mit "Rentenkapitalismus" bezeichnet werden können. Die auf diese Weise geschaffene Verfügungsmasse soll nach Schätzungen chinesischer Wirtschaftswissenschaftler etwa ein Drittel des gesamten Nationaleinkommens betragen.

Die unzulängliche Preisreform in einem Verkäufermarkt mußte die Inflation antreiben. Die Chinesen waren jahrzehntelang stolz darauf, daß es bei ihnen keine Inflation gegeben hätte. Natürlich hatten sie, wie in allen anderen Planwirtschaften auch, Inflation - zurückgestaute Inflation, die sich in Warteschlangen, hohen Bankeinlagen der Privaten, Qualitätsverschlechterungen der Produkte usw. äußerte. Die seit vier bis fünf Jahren immer höher werdende offene Inflation wurde noch dadurch angeheizt, daß es nicht gelang, die Geldmenge zu kontrollieren. Die Filialen der Zentralbank in den Provinzen unterstehen im wesentlichen den Provinzgouverneuren. Bei diesen rangiert der Provinzgoismus höher als ein irgendwie definiertes gesamtwirtschaftliches Interesse. Die Provinzgouverneure können auf diese Weise Investitionen durchdrücken, die bei Verwendung selbst einer groben Wirtschaftlichkeitsrechnung unterblieben wären. Dies weist auf einen schwachen Staat hin, der Mühe hat, seine wirtschaftspolitischen Maßnahmen bis auf die unteren Ebenen durchzusetzen. Ein stärker marktwirtschaftlich orientiertes Regime bräuchte aber einen starken Staat, der die Rahmenbedingungen garantierte und es nicht zuließe, daß die staatliche Politik nach unten hin nach Belieben verändert oder ignoriert wird.

Die Inflation hat nun unterschiedliche Schichten der Bevölkerung unterschiedlich getroffen. Alle diejenigen, die in irgendeiner Weise mit dem produktiven Apparat verbunden sind, konnten sich im wesentlichen schadlos halten. Die absolut Benachteiligten sind die Leute im tertiären Sektor, also

vor allem Lehrer, Wissenschaftler usw. Spekulation und Inflation waren auslösende Faktoren für den Protest der Studenten, der sich danach auf andere Gebiete - politische Partizipation - ausdehnte.

7. Ökologische Gefährdungen

Da es in diesem System nicht gelingt, mit knappen Ressourcen sorgsam umzugehen, da die technische Umstrukturierung aufgrund nicht richtig eingesetzter technischer Experten zu langsam vorangeht, da - mit anderen Worten - Verschwendungswirtschaft herrscht, wird die Umwelt schwer geschädigt, was wiederum die Ernährungsbasis einschränkt. Es soll hier nicht der ganze Bereich der Ökologie behandelt, sondern nur einige gravierende Probleme aufgezeigt werden.

Nehmen wir als Ausgangspunkt die Schadstoffemission. Über 80% der chinesischen Kohle werden als Rohkohle verbrannt, der Anteil der gewaschenen Kohle ist also relativ gering. Die Folgen sind hohe Staub- und Schwefeldioxid-Emissionen. Überalterung und technologische Rückständigkeit der Feuerungsanlagen sind die Ursache für die niedrigen Energiewirkungsgrade in China. Mit 30% liegt der durchschnittliche Energienutzungsgrad deutlich unter dem der westlichen Industriestaaten mit ca. 55%. Wenn die Chinesen nur den westlichen Nutzungsgrad der Kohle erreichen würden, könnten sie mit einem Schlage die jetzt so nachteilig wirkende Energielücke schließen.

Hauptleidtragende der Luftverschmutzung ist die Stadtbevölkerung. Die Häufigkeit chronischer Atemwegserkrankungen hat sich in den Industriegebieten ebenso deutlich erhöht wie die Lungenkrebsmortalität. Saurer Regen wurde in 45 von 54 untersuchten Städten festgestellt. Das Waldsterben konzentrierte sich bislang auf das Umland südwestchinesischer Industriegebiete, wobei die Provinz Sichuan am meisten betroffen ist.

Jahr für Jahr werden in China Millionen von Hektar aufgeforstet, und doch geht die Waldfläche zurück: einem jährlichen Waldabgang von über 2,5 Mio.ha stehen nur eine Mio. ha durch

Aufforstung dauerhaft bestockte Flächen gegenüber. Man kann also ausrechnen, wann es in China keinen Wald mehr gibt, wenn nicht mit der jetzigen Nutzungs- bzw. Wirtschaftsweise Schluß gemacht wird.

Die Entwaldung vor allem an den Oberläufen der großen Flüsse hängt auch mit dem Brennstoffbedarf der Bevölkerung dort zusammen und mit der fehlenden Versorgung mit anderen Brennstoffen als Holz. Die Entwaldung, aber nicht nur sie, ist Ursache für die Bodenerosion. Rund 21% des weltweit abgetragenen Bodens werden in China von den Hängen gespült. Trotz aller Maßnahmen ist die Bodenerosion weiter fortgeschritten. Anfang der 1950er Jahre waren 1,16 Mio.qkm von schwerer Wassererosion betroffen, 30 Jahre später waren es schon 1,6 Mio.qkm.

Die Folgen des Bodenabtrags bestehen in erster Linie in der ständig steigenden Feststoff-Fracht im Gewässernetz. Die Verlandung von Wasserstraßen bis zu einem Drittel der Flußlänge verursacht insbesondere in Süchina schwere wirtschaftliche Verluste. Im Yangzi muß auf manchen Flußabschnitten bei Niedrigwasserer Schlamm ausgehoben werden, um die Fahrrinne freizuhalten. Nit der Sedimentation steigt in den Flüssen auch die Überschwemmungsgefahr. Das Bett des Gelben Flusses beispielsweise erhöht sich jährlich um 8-10 cm, der Fluß fließt in weiten Teilen des Unterlandes zwischen 3-6 m, an manchen Abschnitten sogar bis zu 12 m über dem Umland.

Man könnte mit der Schilderung der Umweltprobleme hier fortfahren - Stichworte: Graslandzerstörung, Verwüstung, Knappheit und rapide Qualitätsverschlechterung des Wassers. Zwischen 1957 und 1980 gingen durch die Ausdehnung von Siedlungs-, Industrie- und Verkehrsflächen ca. 33 Mio.ha Ackerland verloren. Seither liegen die jährlichen Verluste bei rund 760.000 ha. Neulandflächen sind kein vollwertiger Ersatz: im Mittel beträgt nämlich der Flächenertrag bei Getreide auf Neuland nur etwa ein Viertel bis ein Fünftel desjenigen auf alten siedlungsnahen Ackerböden. Man könnte die Situation kurz so beschreiben: Die Bevölkerung steigt weiter relativ schnell an. Auf der anderen Seite werden die Ernährungsgrundlagen, ja die Existenzgrundlagen überhaupt, immer mehr eingeschränkt.

8. Die außenwirtschaftliche Option

Welche Optionen gibt es nun, um den Kollaps zu verhindern oder langfristig den negativen Trend zu stoppen? An dieser Stelle ist die außenwirtschaftliche Verflechtung zu erörtern. Hinsichtlich der Abkopplung vom Weltmarkt liegen die Erfahrungen vor. Diese seit Mitte der 1960er Jahre verfolgte Strategie hat dazu geführt, daß China technologisch weit zurückgefallen ist. Es wurde ein extensives Wachstum verfolgt, d.h. es wurden im wesentlichen nur produktive Einheiten des sowjetischen Technologietyps der 1950er Jahre dem produktiven Apparat hinzugefügt, was zur Verschwendungswirtschaft geführt hat. Dringend nötig ist jedoch ein intensives Wachstum, d.h. die bessere Kombination der Produktionsfaktoren unter Einbeziehung ökologischer Ziele.

Von den Reformern um Zhao Ziyang wurden zwei große außenwirtschaftliche Strategien entwickelt, die ausdrücklich auch das Ziel der Modernisierung der Volkswirtschaft beinhalten. Die eine Strategie bezieht sich auf die Entwicklung des gesamten Küstengebietes. Es wurden Sonderwirtschaftszonen und danach immer mehr offene Gebiete ausgewiesen, in denen ausländische Unternehmen tätig werden können. Eine Konzentration des ausländischen Engagements ist in den Südprowinzen Guangdong und Fujian zu beobachten. Diese Provinzen sind an den traditionellen Industriegebieten um Shanghai und Beijing vorbeigezogen und sind heute die am besten entwickelten Gebiete Chinas.

Die zweite Strategie wird von den Chinesen die "große internationale Zirkulation" genannt. Man kann sich hier fragen, ob nicht nach dem alten Fehler einer Sprungstrategie "zu viel, zu schnell" erreicht werden sollte. Die Ausgangsüberlegung war, was mit den ca. 100 Mio. oder mehr Menschen anzufangen sei, die durch die neue Wirtschaftsweise auf dem Lande arbeitslos geworden sind oder noch arbeitslos werden. Diese Menschen sollten für die Exportindustrie arbeiten; die Erlöse aus der Exportindustrie sollten dann der heimischen Schwerindustrie zugute kommen, die ihrerseits dann wiederum die Landwirtschaft unterstützen sollte. Diese Zirkulation sollte 15 Jahre in Anspruch nehmen.

Abgesehen einmal von der Frage, ob der Weltmarkt eine solche Größenordnung verkraften könnte, geriet diese Strategie in neuerer Zeit in das Kreuzfeuer der Kritik. Könnte Chinas Landwirtschaft, so wurde gefragt, eine solche Strategie durchhalten? Die Einkommenslücke zwischen Industrie und Landwirtschaft könnte dazu führen, daß immer mehr Menschen aus der Landwirtschaft abwandern. Die auf dem Lande verbleibenden Arbeitskräfte könnten einem schnellen Überalterungsprozeß unterliegen. Des weiteren könnten größere landwirtschaftliche Nutzflächen an die Industrie verloren gehen. An dieser Stelle sei noch einmal die grundlegende Relation genannt: Auf ca. 7% der gesamten landwirtschaftlichen Nutzfläche der Welt müssen ca. 22% der Weltbevölkerung ernährt werden. Schon ein Fehlbetrag von 1% bei der Getreideversorgung wird als kritisch angesehen, und zwar nicht nur, was die Wirkungen auf den Weltmarkt angeht, sondern auch - im Bewußtsein der chinesischen Elite - im Hinblick auf die Möglichkeit, daß China Gegenstand politischen Drucks von außen werden könnte.

9. Abschließende Bemerkungen

Aus den dargelegten Gründen wird wohl ersichtlich, daß eine schnelle Veränderung der Wirtschaftsweise, eine Wirtschaftsreform zwingend geboten ist. Auch die pragmatischen Reformen um Zhao Ziyang hatten keinen konsistenten Generalplan für die Entwicklung. Das hängt wohl damit zusammen, daß zum einen die Problemlage zu komplex ist, und zum anderen, daß ein möglichst weitgehender Konsens erreicht werden muß, der den kleinsten gemeinsamen Nenner bedeutet, so daß bislang eigentlich nur nach dem Trial-and-Error-Verfahren vorgegangen worden ist.

Alle großen Pläne, alle technisch determinierten Lösungsvorschläge werden indes nichts fruchten, wenn es nicht gelingt, die sog. Modernisierungszirkulation in die Führung zu kopieren, ihr entsprechende Partizipationsmöglichkeiten zu geben, die selbstverständlich die politische Mitentscheidung, die Möglichkeit, demokratische Grundrechte wahrzunehmen, einschließen müssen.